



Radikaldemokratische Praktiken und das soziale Kapital migrantischer Selbstorganisationen: Die Bedeutung von MSOs für die Unterstützung von Drittstaatler:innen aus der Ukraine in Hamburg

vorgelegt von Pablo Schwarz

Executive Summary

Die vorliegende Studie untersucht, wie migrantische Selbstorganisationen (MSOs) in Hamburg Drittstaatsangehörige aus der Ukraine unterstützt haben und welchen Einfluss ihre eigene Heterogenität auf ihre Arbeit und ihre Rolle innerhalb der Zivilgesellschaft hatte. Die Forschung stützt sich auf die Theorie der radikalen Demokratie und basiert auf leitfadengestützten Interviews mit Mitgliedern Hamburger MSOs. Diese Arbeit entstand in Kooperation mit der Hamburger BürgerStiftung und dem ROSI und ist mit meinem persönlichen Engagement im Hamburger Bündnis für Ukrainehilfe verbunden.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 veränderte sich die politische und gesellschaftliche Landschaft Europas schlagartig. Über 1,2 Millionen Menschen suchten Schutz in Deutschland, davon etwa 32.000 in Hamburg (Mediendienst Integration, 2024). Die Reaktion auf die Ankunft ukrainischer Geflüchteter war von einer bemerkenswerten Solidarität geprägt: Rechtsrahmen wurden gelockert, bürokratische Hürden abgebaut, und es entstand eine breite gesellschaftliche Unterstützung.

Doch diese Solidarität war selektiv. Drittstaatsangehörige, also Menschen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft, die vor dem Krieg regulär in der Ukraine lebten – oftmals Studierende aus afrikanischen oder westasiatischen Ländern – wurden aus diesem Schutzrahmen weitgehend ausgeschlossen. Während ukrainische Staatsangehörige durch §24 des Aufenthaltsgesetzes Zugang zu Schutz erhielten, blieben Drittstaatsangehörige in einer rechtlichen und sozialen Grauzone. Die Betroffenen mussten sich inmitten der Flucht einer erneuten Prüfung ihrer Bleibeperspektive unterziehen. Sie erlitten eine Ungleichbehandlung und sie wurden anhand

ihres Passes gefiltert und differenziert betrachtet, anstatt ebenso als Kriegsgeflüchtete behandelt zu werden.

In dieser Situation traten migrantische Selbstorganisationen in Hamburg als entscheidende Akteure hervor. Ihre Rolle beschränkte sich jedoch nicht auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Vielmehr fungierten MSOs als politische und soziale Räume, in denen Solidarität nicht als karitative Geste, sondern als bewusste, widerständige Praxis verstanden wurde. Ihre Unterstützung umfasste sowohl praktische Hilfe – wie die Organisation von Unterkünften, rechtliche Beratung und Sprachkurse – als auch eine politische Dimension: Sie boten Schutzräume, in denen Drittstaatsangehörige nicht nur als Hilfesuchende erschienen, sondern als handelnde Subjekte, die sich kollektiv gegen Ungerechtigkeit positionierten, sich organisierten und demonstrierten. Die MSOs spielten eine wesentliche Rolle dabei, die nötigen Kapazitäten aufzubauen, damit Drittstaatsangehörige trotz ihrer prekären Lage die Mittel und das Wissen erhielten, um sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Denn letztlich sind es die Drittstaatsangehörigen selbst, die ihre Stimmen nachhaltig erheben müssen. Genau deshalb war es so entscheidend, Strukturen zu schaffen, die es ihnen ermöglichten, politisch handlungsfähig zu werden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass MSOs jenseits klassischer Hilfsstrukturen agierten. Anders als viele Organisationen, die sich auf die humanitäre Ebene konzentrierten, erkannten sie in der prekären Lage der Drittstaatsangehörigen nicht nur eine akute Notlage, sondern eine politische Realität. Ihre Arbeit wurzelte in einer tiefen, geteilten Erfahrung: Viele Mitglieder der MSOs kennen selbst, was es bedeutet, sich in einem rechtlichen Schwebestadium zu befinden, diskriminierende Zurückweisungen zu erfahren oder durch institutionelle Hürden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Diese biografischen Verbindungen verliehen ihrer Solidarität eine besondere Tiefe – sie war keine abstrakte Haltung, sondern entsprang einer gelebten Betroffenheit.

Obwohl es Unterstützung für Drittstaatler:innen seitens nicht-migrantisch getragener Organisationen gab, blieb diese weitgehend auf humanitäre Hilfe beschränkt. Die strukturelle Ungleichbehandlung, der Drittstaatler:innen ausgesetzt waren, wurde weder wirklich anerkannt noch aktiv bekämpft. Die MSOs kritisierten, dass viele etablierte Organisationen die diskriminierende Migrationspolitik schlicht hinnahmen, anstatt sich ihr entgegenzustellen. Über Geflüchtetenhilfe zu sprechen, ohne jedoch bereit zu sein, die Strukturen zu hinterfragen, die Menschen in diese verletzliche Lage bringen, greift zu kurz. Solidarität bedeutet nicht nur,

unermüdlich Unterstützung zu leisten, sondern auch, die eigenen Grenzen des Verständnisses zu reflektieren – zu erkennen, wenn das eigene Privileg den Blick auf bestimmte Dynamiken verstellt, und bewusst Raum für jene zu schaffen, die diese Realitäten aus eigener Erfahrung kennen. Geflüchtetenhilfe darf nicht paternalistisch bleiben; sie muss die politischen und sozialen Zusammenhänge begreifen, um Wandel zu ermöglichen. Andernfalls führt gut gemeintes Engagement nicht zu Hilfe, sondern richtet unbeabsichtigt Schaden an.

Die Kritik der MSOs an den bestehenden Hilfsstrukturen war dabei kein pauschaler Vorwurf, sondern ein dringender Appell zum Umdenken – ein Plädoyer für eine solidarische Praxis, die sich nicht auf humanitäre Maßnahmen beschränkt, sondern politische Realitäten anerkennt und ihnen entgegentritt. Die Untersuchung zeigt, dass die migrantische Perspektive positive Auswirkungen auf die Situation der Drittstaatler:innen hatte. Doch diese Bemühungen einzelner migrantisch getragener Organisationen genügen nicht. Eine gerechtere Geflüchtetenhilfe erfordert eine Zivilgesellschaft, die zuhört, die Erfahrungen geflüchteter Personen ernst nimmt und ihnen mehr Raum zur Mitgestaltung bietet. Ein grundlegendes Überdenken der bestehenden Strukturen ist unabdingbar, um Solidarität nicht nur zu bekunden, sondern praktisch und politisch wirksam werden zu lassen.

Die vorliegende Studie bietet eine Reflexion über die Bedeutung migrantischer Stimmen in der Zivilgesellschaft und der Geflüchtetenhilfe und beleuchtet gleichzeitig die Lebensrealitäten der Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine in Hamburg. Die Forschung zu den Auswirkungen von MSOs steckt noch in den Anfängen. Auch wenn diese Arbeit ein Bild über Hamburg im Kontext des Ukrainekriegs zeichnet, bleiben weitere Forschungen notwendig, um die Übertragbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Literaturverzeichnis

Mediendienst Integration. (2024). *Flüchtlinge aus der Ukraine*. Verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> [Zugriff am: 26.12.2024].

Kontakt

pablo.schwarz@studium.uni-hamburg.de